

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 2

vom 13. Januar 2012
Redaktion: Katja Richardt

Gesundheit und Verbraucherschutz

Patientinnen mit PIP- und bestimmten Rofil-Brustimplantaten sollten ihren Arzt aufsuchen.....	2
Höchste Zeit für Maßnahmen gegen extensiven Einsatz von Antibiotika in der Tierzucht.....	3

Inneres

29 Straftäter aus der Haft abgeschoben	4
--	---

Justiz

Elektronische Fußfessel in Hamburg einsatzbereit	5
--	---

Schule, Jugend und Berufsbildung

GBS-Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen	6
---	---

Umwelt

Nach Großbrand: Wasser im Harburger Binnenhafen und Schiffsrampen nur gering belastet.....	8
--	---

Wirtschaft

Bewerbung als „Schaufenster Elektromobilität“	10
---	----

Sport

Schulterschluss gegen Gewalt beim Fußball	12
---	----

Gleichstellung

Körner will Inklusion in KMK diskutieren	13
--	----

Zur Information

Terminkalender	14
----------------------	----

9. Januar 2012/bgv09

Patientinnen mit PIP- und bestimmten Rofil-Brustimplantaten sollten ihren Arzt aufsuchen

Warnung des BfArM wegen möglicher Risse – Abfrage über Betroffene in Hamburg läuft noch – Kostenübernahme ist mit der Kasse zu klären

Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) empfiehlt Patientinnen mit PIP- oder baugleichen Brustimplantaten der Fa. Rofil (M-Implants mit der Modellbezeichnungen IMGHC-TX, IMGHC-MX und IMGHC-LS) wegen des Risikos möglicher Rissbildungen und des möglichen Austretens von Silikon aus den Implantaten ohne Rissbildung („ausschwitzen“) in jedem Fall ihren implantierenden Arzt oder ihre Klinik aufzusuchen. Ziel dieser vorbeugenden Maßnahme ist eine individuelle Risikoabwägung bei den betroffenen Patientinnen. Nur so kann im Einzelfall über geeignete Maßnahmen bzw. Zeitpunkt einer Entnahme der Implantate zur Risikominimierung entschieden werden.

Aktuell ist es noch unklar, wie viele Frauen in Hamburg die betroffenen Implantate erhalten haben. Eine entsprechende Abfrage der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) bei Hamburger Ärzten und Kliniken läuft. Da es aber keine zentrale Erfassung von bei Chirurgen oder in Krankenhäusern verwendeten Implantaten gibt, müssen die einzelnen Patientenakten rückwirkend bis zum Jahr 2001 ausgewertet werden. Bislang wurden aufgrund der Anfrage der BGV in Hamburg 128 Implantationen gemeldet. Dabei traten in zwei Fällen, einmal nach drei und einmal nach neun Jahren, Komplikationen in Form von Rupturen auf. Die Ärzte und Kliniken werden auch aufgefordert, aktiv auf betroffene Frauen zuzugehen.

Hinsichtlich der Kostenübernahme einer eventuellen Operation sollten sich die Patientinnen an ihre Krankenkasse wenden. Bei Brustimplantaten, die aus medizinischen Gründen, z.B. nach einer Krebserkrankung, eingesetzt wurden, ist auch der Ersatz des Implantates eine Kassenleistung. Vor dem Austausch eines Implantates, das bei einer Schönheitsoperation eingesetzt wurde, sollte geklärt werden, ob die Krankenkasse die vollen Kosten, beispielsweise auch für ein neues Implantat, übernimmt.

Aufgrund des hohen Risikos einer gesundheitsgefährdenden Rissbildung waren Vertrieb und Verwendung von PIP-Brustimplantaten bereits im April 2010 europaweit untersagt worden. Zwischenzeitlich ist bekannt, dass bei PIP-Brustimplantaten illegal minderwertiges Industriesilikon verwendet wurde.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

10. Januar 2012/bvg10

Höchste Zeit für Maßnahmen gegen extensiven Einsatz von Antibiotika in der Tierzucht

BMELV greift endlich Vorschläge aus den Ländern auf

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) hat heute ein Maßnahmenpaket gegen Antibiotika-Resistenzen und den Einsatz von Antibiotika in der Tierzucht vorgelegt. Die Vorschläge zielen u.a. auf eine Änderung des Arzneimittelgesetzes ab und enthalten Maßnahmen, um der Entwicklung von Resistenzen gegen Antibiotika vorzubeugen.

„Es war höchste Zeit, dass sich Frau Aigner dieses Themas angenommen hat und endlich Maßnahmen präsentiert“, so Verbraucherschutzsenatorin Cornelia-Prüfer-Storcks. „Die Länder drängen seit Jahren auf entsprechende Regelungen. Im Rahmen der Länderbeteiligung werden wir nun genau prüfen, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen ausreichend sind.“

Aus Sicht der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) ist ein vollständiges Verbot von Antibiotika in der Tierhaltung nicht sinnvoll, weil kranke Tiere aus Gründen der Tiergesundheit und des Tierschutzes behandelt werden müssen. Aber der extensive Einsatz von Antibiotika stellt offensichtlich einen Risikofaktor für die Ausbreitung von resistenten Keimen dar. Antibiotika dürfen deshalb nur zur Behandlung von erkrankten Tieren eingesetzt werden. Bessere Kontrollinstrumente für die zuständigen Behörden im Hinblick auf die Überwachung des Antibiotika-Einsatzes sind deshalb im Sinne der Länder.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bqv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bqv

13. Januar 2012 / bis13

29 Straftäter aus der Haft abgeschoben

In den vergangenen drei Monaten wurden 29 Männer aus der Haft heraus in ihre Heimatländer zurückgeführt. Die Straftäter wurden insgesamt zu 122 Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Dies entspricht einer durchschnittlichen Verurteilung von gut vier Jahren Haft.

Ein Staatsangehöriger der Elfenbeinküste erhielt eine Freiheitsstrafe von 10 Jahren wegen Totschlags. Ein russischer Staatsangehöriger wurde abgeschoben, da er u.a. zu einer Haftstrafe von sieben Jahren wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes verurteilt worden war. Ein Rumäne musste die Bundesrepublik verlassen, nachdem er wegen Körperverletzung mit Todesfolge eine Haftstrafe von sechs Jahren erhalten hatte. Ein estnischer Staatsangehöriger wurde innerhalb von weniger als zwei Jahren zu sechs Haftstrafen wegen Diebstahls verurteilt.

Insgesamt wurden sechs Straftäter nach Polen abgeschoben. Fünf weitere Täter wurden in die Türkei, vier nach Rumänien und zwei nach Chile zurückgeführt. Weitere Abschiebungen erfolgten in den Iran, in die Elfenbeinküste, nach Tunesien, Guinea, Serbien, Mazedonien, Lettland, Bulgarien, Estland, Slowakei, Großbritannien und in die Russische Föderation.

Die meisten Verurteilungen erfolgten wegen verschiedenster Eigentumsdelikte, gefolgt von Körperverletzungen und Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz.

Den abgeschobenen Straftätern ist die Wiedereinreise ins Bundesgebiet untersagt. Im Falle einer Rückkehr in die Bundesrepublik haben die Verurteilten ihre Reststrafe zu verbüßen.

Insgesamt 89 Straftäter wurden im Jahr 2011 aus der Haft in ihre Heimatländer abgeschoben.

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 0 40 - 4 28 39 - 26 73,

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

sowie:

Behörde für Inneres und Sport, Einwohner-Zentralamt

Christian Martens, Tel. 040 – 42839 - 21 21

E-Mail: pressestelle@eza.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/eza

11. Januar 2012/bjg11

Elektronische Fußfessel in Hamburg einsatzbereit

Mit der Ratifikation des Staatsvertrages zur „Einrichtung der Gemeinsamen Überwachungsstelle der Länder“ in Bad Vilbel ist das Verfahren zur flächendeckenden Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung in Hamburg abgeschlossen. Die Ratifikationsurkunde wurde inzwischen auf den Weg nach Hessen gebracht.

Justizsenatorin Jana Schiedek: „Ich freue mich, dass auch der letzte Schritt für die flächendeckende Einführung der elektronischen Fußfessel in Hamburg gemacht wurde.“

Die Bürgerschaft hatte in ihrer Sitzung am 15. Dezember 2011 den Weg für die gemeinsame Überwachungsstelle der Länder in Bad Vilbel in Hessen freigemacht. Der Abschluss eines Staatsvertrages war erforderlich, da an die gemeinsame Überwachungsstelle der Länder auch Hoheitsrechte übertragen werden. Hamburg ist eines der ersten Länder, die dem von Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen ausgehandelten Staatsvertrag beigetreten sind.

Die GPS-gestützte Technik der elektronischen Aufenthaltsüberwachung erlaubt eine fortwährende Erfassung des Aufenthaltsorts des Betroffenen. Ein am Körper getragenes Gerät sendet rund um die Uhr den Standort an eine technische Überwachungsstelle in Hessen. Von dort werden Störungsmeldungen – etwa wenn der Betroffene das Gerät entfernt – automatisch an die Gemeinsame Überwachungsstelle der Länder in Bad Vilbel weitergeleitet. Diese bewertet die eingehenden Meldungen als „kleine Führungsaufsichtsstelle“ und alarmiert ggfs. sofort die Hamburger Polizei.

„Die elektronische Aufenthaltsüberwachung ist kein Ersatz für eine geschlossene Unterbringung. Nicht zuletzt wegen ihrer abschreckenden Wirkung kann sie aber einen Beitrag für mehr Sicherheit leisten. Deshalb ist es richtig, sie in geeigneten Fällen einzusetzen“, sagte **Jana Schiedek**.

Gerichte entscheiden auf Antrag der Staatsanwaltschaft in jedem Einzelfall über den Einsatz. Bereits Mitte letzten Jahres hatte das Landgericht Hamburg bei einem zu entlassenen Strafgefangenen die elektronische Aufenthaltsüberwachung angeordnet. Die dagegen gerichtete Beschwerde des Betroffenen wurde vom Hanseatischen Oberlandesgericht am 6. Oktober 2011 zurückgewiesen. Dem Betroffenen wurde die Fußfessel am 28. Juni 2011 in der Justizvollzugsanstalt angelegt. Da zu diesem Zeitpunkt noch nicht die gemeinsame Überwachungsstelle in Bad Vilbel eingerichtet war, wurden Störungsmeldungen direkt an die Polizei Hamburg gesandt. „Die bisherigen Erfahrungen mit der elektronischen Aufenthaltsüberwachung sind gut. Der Betroffene hält sich an sämtliche Auflagen und Weisungen“ erklärte **Jana Schiedek** dazu.

Kontakt:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

12. Januar 2012/bsb12

GBS-Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen

Schul- und Sozialbehörde einigten sich mit Verbänden und Trägern über Landesrahmenvertrag für Ganztätige Bildung und Betreuung an Schulen (GBS)

Am gestrigen Mittwochabend haben sich die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) und die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) mit den Wohlfahrtsverbänden und Hortträgern über den Landesrahmenvertrag zur geplanten Ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen (GBS) geeinigt. Über die konkreten Details vereinbarten alle Parteien Vertraulichkeit, da die Verbände ihre Gremien informieren müssen.

Schulsenator Ties Rabe begrüßte die Einigung: „Beide Seiten haben sich aufeinander zubewegt und ein gutes Ergebnis erzielt. Ich freue mich, dass es jetzt eine klare Grundlage für die Zusammenarbeit von Schulen und Horten gibt. Damit ist der Weg für rund 10.000 zusätzliche Ganztagsplätze in Hamburg geebnet. Mit der Verbindung von Schule und Hort schaffen wir eine neue Qualität im Ganztagsangebot. Schule und Hort können gegenseitig viel voneinander lernen und werden einander bereichern. Gemeinsam mit der offenen Jugendhilfe sorgen sie für ein Ganztagsangebot, in dem sich gute Bildung, liebevolle Pädagogik und das soziale Miteinander im Mittelpunkt hervorragend zusammenfügen.“

Auch **Sozialsenator Detlef Scheele** freut sich über die erfolgreichen Verhandlungen. „Hamburg betritt mit dieser wegweisenden Reform bundesweit Neuland. Die Einigung mit den Verbänden und den Hortträgern ist ein wichtiger Schritt, um allen Hamburger Kindern gleiche Startchancen zu ermöglichen. Der Bildungserfolg eines Kindes darf nicht mehr von der sozialen Lage seines Elternhauses abhängen.“

Die neue Ganztagschule beginnt mit der Vorschule, steht allen Kindern offen und ist für alle Schulkinder ab der ersten Klasse von 8 Uhr bis 16 Uhr kostenlos. Für die Nachmittagsbetreuung der Vorschule wird ein wettbewerbsneutrales Gebührensystem analog zur Kita entwickelt. Die Teilnahme ist freiwillig - Eltern müssen ihr Kind nur anmelden. Auch in den Ferien werden die Ganztagschulen von 6 Uhr bzw. 7 Uhr bis 8 Uhr und von 16 Uhr bis 18 Uhr geöffnet sein.

Durch die zahlreichen vereinbarten Qualitätsverbesserungen konnte der Betreuungsschlüssel sogar auf bis zu 15 Kinder unter die formale Gruppengröße gesenkt werden. Konkret hängt dies davon ab,

wie die unterschiedlichen zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt werden. Das gilt für Vorschulklassenkinder und Kinder der Klassen 1 bis 4.

Zusätzliche Kooperationszeiten werden den regelmäßigen Austausch zwischen Lehrern und Erziehern sichern. Für besseres Mobiliar werden jährlich etwa 2,5 Millionen Euro und für den Kantinenausbau etwa 100 Millionen Euro eingesetzt. Für die behinderten Kinder ist das Entgelt für die Zeit von 13 bis 16 Uhr von 1.500 Euro auf 2.000 Euro angehoben worden.

Hintergrundinformationen

Zum Schuljahresbeginn 2011/2012 sind bereits 21 Schulen in die Modellphase eingestiegen. Zählt man die sieben Pilotschulen hinzu, die seit dem vergangenen Schuljahr GBS anbieten, nehmen in Hamburg über 3.000 Grundschul Kinder an der ganztägigen Bildung und Betreuung teil. Schul- und Sozialbehörde rechnen mit 40.000 Kindern, die künftig am Nachmittag in den Grundschulen betreut werden.

Informationen zu Ganztagschulen und GBS finden Sie im Internet unter:
<http://www.hamburg.de/ganztag>

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Schule und Berufsbildung

Thomas Bressau, stellvertretender
Pressesprecher
Tel: (040) 428 63 – 2005
E-Mail: thomas.bressau@bsb.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bsb

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Nicole Serocka, Pressesprecherin
Tel.: (040) 428 63 - 2889
E-Mail: nicole.serocka@basfi.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/basfi

12. Januar 2012/bsu12

Nach Großbrand: Wasser im Harburger Binnenhafen und Schiffsraben nur gering belastet

Untersuchungsergebnisse zur Gewässerbelastung liegen vor

Die durch die Bekämpfung des Großbrandes in den Harburger Binnenhafen sowie den Schiffsraben gelangten Brandrückstände und Löschmittel weisen eine geringe akute Toxizität (Giftigkeit) auf. Dies haben umfangreiche Untersuchungsergebnisse des Instituts für Hygiene und Umwelt ergeben.

Analysiert wurden allgemeine Gewässergüteparameter wie Sauerstoffkonzentration und Sauerstoffbedarf, pH-Wert und Leitfähigkeit sowie brandspezifische Schadstoffe wie Perfluorierte Tenside (PFT) und Kohlenwasserstoffe (KW). Außerdem wurde das Verhalten von Leuchtakterien, Kleinkrebsen (Daphnien), Algen sowie Fischeiern im belasteten Wasser im Vergleich zu Süderelbewasser getestet. Insgesamt konnte festgestellt werden, dass das Wasser im Harburger Binnenhafen und im Schiffsraben geringer belastet ist, als es der optische Eindruck vermittelt. Die Empfehlung, den direkten Kontakt mit dem milchigen Wasser zu vermeiden, um mögliche allergische Reaktionen (Hautreizungen) vorzubeugen, bleibt jedoch bestehen.

Das am stärksten belastete Wasser aus dem Schiffsraben wird kontrolliert in das Schmutzwassersiel gepumpt und zur Abwasserbehandlung im zentralen Klärwerksverbund Dradenau/Köhlbrandhöft geleitet. Das geringer belastete, dafür mengenmäßig jedoch bei weitem dominierende Wasser im Harburger Binnenhafen soll periodisch über das Schöpfwerk der Hamburg Port Authority sowie über den Schleusenbetrieb der Schleusenkammer in die Süderelbe abgeleitet werden.

Die Wasserabgabe in die Süderelbe wird nur bei ablaufender Tide erfolgen. Wassermenge und Sauerstoffgehalt der Süderelbe sind derzeit günstig, so dass das belastete Wasser aus dem Harburger Binnenhafen bei der Abgabe schnell derart verdünnt wird, dass die sich einstellende Konzentration unter der Nachweisgrenze liegen und eine Schädigung nicht eintreten wird. Von einer Gefährdung der nahe gelegenen Naturschutzgebiete „Schweenssand“ und „Heuckenlock“ ist daher nicht auszugehen.

Schiffsschleusungen in und aus dem Harburger Binnenhafen werden - entsprechende Wasserstände vorausgesetzt - wieder uneingeschränkt durchgeführt.

Das Absammeln der Kautschukplacken aus dem Schiffsgraben wird noch etwa 2 Tage dauern, die entsprechenden Arbeiten an den Böschungen dauern etwas länger.

Nachdem die Frage der akuten Toxizität beantwortet ist, werden in einigen Monaten auch noch mögliche Langzeitschäden untersucht. Dazu werden Organismen (z.B. Muscheln oder standorttreue Fische) aus den betroffenen Gewässern auf Schädigungen untersucht.

Kontakt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Frank Krippner, T: (040)428 40 -2051;
Frank.Krippner@bsu.hamburg.de.

Bezirksamt Harburg, Petra Schulz, T: (040)428 71 -4010; Petra.Schulz@harburg.hamburg.de

10. Januar 2012/pr10

Bewerbung als „Schaufenster Elektromobilität“

Weichenstellung für Hamburg!

Hamburg wird den Ausbau der Elektromobilität massiv vorantreiben. Ein breit angelegtes Konsortium von Projektpartnern hat heute im Gespräch mit dem Ersten Bürgermeister seine Entschlossenheit bekräftigt, in einem weitreichenden Konzept für ein künftiges „Schaufenster der Elektromobilität“ zusammenzuarbeiten.

Das heutige Treffen im Rathaus, an dem über 100 Spitzenvertreter von Automobilindustrie, Technologiekonzernen, Energiewirtschaft, Kammern, Verbänden, Hochschulen und Instituten sowie aus Unternehmen der Bereiche Handel, Logistik, Hafenwirtschaft, Luftfahrt, Wohnungswirtschaft, Handwerk und dem kommunalen Sektor teilgenommen haben, bildet den Höhepunkt eines intensiven Abstimmungsprozesses im Vorfeld der Bewerbung als „Schaufenster“.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: „Es spricht für die hohe Attraktivität unserer Stadt, dass technologische Innovation, umweltverträgliche Stadt- und Verkehrsentwicklung und der Anspruch, künftige Märkte schrittweise und mit ökonomischem Sachverstand zu erschließen, von einem so breiten Bündnis wichtiger Partner getragen werden. Hamburg zeigt auf, wie durch eine effektive Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik eine vielschichtige und inhaltlich fundierte Konzeption für den Verkehr der Zukunft entwickelt werden kann. Gemeinsam sind wir gut aufgestellt, die Ziele der Bundesregierung beim Ausbau der Elektromobilität zu unterstützen und einen nachhaltigen Beitrag zur Zukunftsgestaltung und -entwicklung am Standort Hamburg zu leisten.“

Das auf drei Jahre angelegte Bundesförderprogramm sieht vor, an bundesweit bis zu fünf Standorten mit einem zunächst für die erste Phase bis Ende 2013 bereitstehenden Fördervolumen in Höhe von 180 Mio. Euro eine in dieser Dimension bisher nicht gekannte Vielfalt anwendungsbezogener Elektromobilitätsprojekte zu ermöglichen. Die Bewerbungsunterlagen der regionalen Partnerkonsortien für die erste Verfahrensstufe (qualifizierte Interessenbekundung) müssen zum 16. Januar 2012 bei der Bundesregierung eingereicht werden. In der zweiten Verfahrensstufe wird im Laufe des Frühjahrs entschieden werden, welche der eingereichten Konzepte zur Förderung angenommen und ins konkrete Förderantragsverfahren überführt werden.

Das Hamburger Konzept beruht auf einer starken Nachfrageorientierung in den standortbezogenen Wirtschaftsklustern (Logistik, Luftfahrt, maritime Wirtschaft, Unternehmen der Erneuerbare-Energien-Branche) und einer konsequenten Integration neuer Mobilitätsangebote in die Stadtentwicklung. Bereits heute wird in Hamburg knapp ein Drittel des von der Bundesregierung aus dem Konjunkturpaket II bundesweit geförderten Fahrzeugaufkommens (Pkw und leichte Nutzfahrzeuge) eingesetzt und macht damit das ausgeprägte Nachfragepotenzial bei Hamburger Unternehmen deutlich. Vor diesem Hintergrund strebt Hamburg mit bis zu 15.000 Fahrzeugen bis Ende 2015 eine führende Rolle beim Markthochlauf in Deutschland an. Neben den Wirtschaftsunternehmen und zunehmend auch Privathaushalten beabsichtigt auch die Stadt selbst, ihre kommunalen Flotten konsequent auf Elektrofahrzeuge sukzessive umzurüsten.

Mit dem nun erarbeiteten Konzept soll, etwa in den Bereichen Ausbildung und Qualifizierung und bei der Einbeziehung mittelständischer Unternehmen, auch die Entwicklung von Wertschöpfung am Standort weiter ausgebaut werden.

Mit Beschluss vom 8. November 2011 hatte der Senat zur komplementären Finanzierung von Maßnahmen für den Ausbau der Elektromobilität eigene Haushaltsmittel in Höhe von 10,4 Mio. Euro bereitgestellt. Zugleich sind in einer Vielzahl von Prüfaufträgen an die Fachbehörden konkrete Schritte eingeleitet worden, um den Ausbau der Elektromobilität durch behördliches Handeln aktiv zu unterstützen, etwa bei der Integration elektromobiler Konzepte in stadtplanerische Prozesse, bei der städtischen Grundstückvergabe oder in der sukzessiven Umstellung der kommunalen Fuhrparks.

Rückfragen:

Christoph Holstein,
Pressestelle des Senats,
Tel. (040) 428 31 2243,

Mail: christoph.holstein@sk.hamburg.de

12. Januar 2012/bis12

Schulterschluss gegen Gewalt beim Fußball

Gespräch im Rathaus: Ständiger Ausschuss für Sport und Sicherheit wird in Hamburg eingerichtet

Anlässlich der Ausschreitungen beim Fußball-Hallenturnier um den „Schweinske-Cup“ am vergangenen Wochenende hatte **Hamburgs Innen- und Sportsenator Michael Neumann** Vertreter von Vereinen, Verbänden, Polizei und Politik für heute zu einem Sicherheitsgespräch ins Rathaus eingeladen. Im Anschluss an die rund zweistündigen Beratungen zeigten sich alle Beteiligten zufrieden mit dem Ergebnis.

Senator Neumann: „Das war ein sehr konstruktives Gespräch. Wir sind uns einig, dass Gewalt im Sport absolut nichts zu suchen hat. Es ist jetzt Aufgabe der Staatsanwaltschaft, alle Vorwürfe zu klären. Wir blicken jetzt gemeinsam nach vorne.“

Stefan Orth, Präsident des FC St. Pauli: „Wir lehnen Gewalt ab und arbeiten weiterhin intensiv für einen sicheren Fußball.“

Holger Leu, Vorstand des VfB Lübeck: „Der VfB Lübeck hat bereits Schritte zur Aufarbeitung eingeleitet.“

Carl-Edgar Jarchow, Vorstandsvorsitzender des HSV: „Der HSV begrüßt, dass es im Rahmen der Aufarbeitung der Ereignisse in der Alsterdorfer Sporthalle gelungen ist, zukünftig gemeinsam an dieser Problematik zu arbeiten.“

Konkret wurde bei dem Gespräch unter anderem vereinbart, in Hamburg einen „Örtlichen Ausschuss Sport und Sicherheit“ nach den bundesweit geltenden Empfehlungen des „Nationalen Konzepts Sport und Sicherheit“ einzurichten. Zur Teilnahme an diesem ständigen Ausschuss, der federführend durch das Sportamt der Behörde für Inneres und Sport betreut werden wird, werden vor allem Institutionen eingeladen, die in Hamburg für Belange der Sicherheit des Sports mitverantwortlich sind. Dazu gehören u. a. Verbände, Vereine, Fanprojekte, Bezirksämter, Verkehrsbetriebe, Polizei und Feuerwehr.

Dazu **Günter Ploß, Präsident des Hamburger Sportbundes:** „Wir bringen uns engagiert in die Arbeit des Ausschusses ein und erwarten konkrete Ergebnisse.“

Reinhard Kuhne, Vizepräsident des Hamburger Fußball-Verbandes: „Der Hamburger Fußball-Verband wird in den nächsten Wochen ein Fußball-Jugendturnier in der Alsterdorfer Sporthalle organisieren. Ziel ist es insbesondere Jugendlichen und Familien den Spaß am Hallenfußball wiederzugeben.“

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

12. Januar 2012/basfi12

Körner will Inklusion in KMK diskutieren

Senatskordinatorin für die Gleichstellung Behinderter, Ingrid Körner, übergibt Senator Rabe als Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz Hamburger Erklärung der Behindertenbeauftragten der Länder und des Bundes.

„Hamburg ist im Bereich der schulischen Inklusion schon weit vorangeschritten. Andere Bundesländer müssen bei der inklusiven Bildung noch stark nachholen“, betont **die Senatskordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen, Ingrid Körner**. Diese positive Entwicklung bei der Gleichstellung behinderter Menschen in der Elbmetropole war Arbeitsgrundlage wie auch Motivation der Behindertenbeauftragten auf ihrem jüngsten Treffen in Hamburg die Hamburger Erklärung zu verabschieden. In der Hamburger Erklärung spreche sich die Behindertenbeauftragten der Länder und des Bundes einstimmig dafür aus, dass die Inklusion im schulischen Bereich weiter voranschreiten soll.

„Wir möchten mit unserer Erklärung die Kultusminister der Bundesländer und Bundesministerin Schavan auffordern, die Inklusion im schulischen Bereich voranzutreiben. Alle Behindertenbeauftragten tragen die Hamburger Erklärung mit und wollen erreichen, dass die gemeinsame Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern mit gleichen Standards im gesamten Bundesgebiet umgesetzt wird.“

Kultussenator Rabe, der zum ersten Januar 2012 den Vorsitz der Kultusministerkonferenz übernommen hat, wird von der Senatskordinatorin gebeten, die Hamburger Erklärung aus die Tagesordnung der KMK zu setzen und sie mit seinen Länderkollegen zu diskutieren.

„Wichtig ist uns, dass sich das Bewusstsein für gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern im gesamten Bundesgebiet durchsetzt. Dazu sollen auch die Kriterien der Hamburger Erklärung helfen“, so Ingrid Körner abschließend.

Für Rückfragen der Medien:

**Senatskordinatorin für die Gleichstellung
behinderter Menschen**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Frauke Prenzler

Tel.: 040 - 42863-5723,

E-Mail: frauke.prenzler@basfi.hamburg.de

Terminkalender

Vom 16. Januar bis 22. Januar 2012

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 16.01.2012

- 15:30** Rathaus, Bürgermeistersaal
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich eines **Empfangs für Oberrabbiner Yona Metzger aus Israel** ein Grußwort.

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks nimmt teil.
- 17:00** Handelskammer
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **2. Jahrestagung des Climate Service Center** ein Grußwort.
- 18:00** Synagoge, Hohe Weide 34
Senator Michael Neumann nimmt an der feierlichen **Amtseinführung des neuen Landesrabbiners der Jüdischen Gemeinde Hamburg, Shlomo Bistrizky**, teil.
- 18:00** Landfrauenrat, Grindelallee 43
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Jana Schiedek, Senator Detlef Scheele, Staatsrätin Elke Badde und Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nehmen am **Neujahrsempfang des Landesfrauenrats Hamburg e.V.** teil.
- 18:30** Hotel Grand Elysée, Rothenbaumchaussee 10
Senatorin Jutta Blankau und Staatsrat Michael Sachs nehmen am **Neujahrsempfang des Arbeitskreises Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften e.V.** teil.

Dienstag, den 17.01.2012

- 11:30** Rathaus, Turmsaal
Senator Detlef Scheele überreicht **Bundesverdienstkreuz und Medaille an Herrn und Frau Skiba**.
- 13:00** Ehemaliges Hauptzollamt Hafen, Alter Wandrahm 20
Staatsrat Holger Lange spricht ein Grußwort beim **EnEff Stadt-Kongress**.
- 14:00** Hotel Hafen Hamburg, Bernhard-Nocht-Straße 97
Staatsrat Michael Sachs spricht ein Grußwort beim **Workshop Wohnungsmarkt Hamburg** der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.
- 15:30** Drehbahn 47-48
Bürgermeister Olaf Scholz besucht die **Hamburger Firmenzentrale des Software Unternehmens Bigpoint GmbH**.
- 19:00** Campus Finkenau
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt nimmt an der **Podiumsdiskussion des Forum Finkenau zum Thema Medienausbildung** teil.

19:00 Bucerius Law School, Jungiusstraße 6
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich des **Denkmalsalons**,
„**Kunst der Erinnerung**“.

Staatsrat Jens Lattmann nimmt teil.

Mittwoch, den 18.01.2012

11:00 Handelskammer, Albert-Schäfer-Saal
Senator Frank Horch und Staatsrat Dr. Bernd Egert nehmen an dem **Empfang**
anlässlich der Verabschiedung von Dr. Günther Klemm teil.

17:00 Haus der Gerichte, Lübeckertordamm
Senatorin Jana Schiedek spricht ein Grußwort anlässlich der **Einführung der**
ehrenamtlichen Richter am Finanzgericht Hamburg.

17:15 Musik- und Kongresshalle, Willy-Brandt-Allee 10, 23554 Lübeck
Bürgermeister Olaf Scholz hält im Rahmen des **Neujahrsempfangs der IHK zu**
Lübeck eine Rede.

Staatsrätin Elke Badde nimmt teil.

18:00 Übersee-Club, Neuer Jungfernstieg 19
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht ein Grußwort anlässlich des **Neujahrsempfangs**
des Lateinamerika-Vereins e.V. zu Ehren des Konsularcorps der Länder
Lateinamerikas, Spanien, Portugal und der Karibik.

19:00 Rathaus, Kaisersaal
Senator Detlef Scheele begrüßt zur **konstituierenden Sitzung des neuen**
Integrationsbeirats.

Staatsrat Jan Pörksen nimmt teil.

Donnerstag, den 19.01.2012

10:00 Rathaus Bremen, Schlachtpforte 3
Senator Frank Horch und Staatsrat Dr. Bernd Egert nehmen an einer Gesprächsrunde
zum Thema „**Hafenentwicklungsdialo g Deutsche Bucht**“ teil.

11:00 Rathaus, Kaisersaal
Senator Michael Neumann, Senator Detlef Scheele, Staatsrat Jens Lattmann und
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nehmen an der **Ausstellungseröffnung anlässlich des**
Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus teil.

11:00 Vertretung des Landes Brandenburg, In den Ministergärten 3, 10117 Berlin
Staatsrat Dr. Michael Voges nimmt an der **62. Sitzung der Amtschefkommission**
„**Qualitätssicherung in Schulen**“ teil.

12:00 Mexikoring 25
Staatsrat Jan Pörksen spricht auf der **Eröffnungsfeier der Kindertagesstätte am**
Stadtpark/Pestalozzi-Stiftung Hamburg ein Grußwort.

13:00 Asklepios Klinik Nord
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht ein Grußwort bei der
Bundesdirektorenkonferenz der psychiatrischen Krankenhäuser.

16:00 Aula des Gymnasiums Klosterschule, Westphalensweg 7
Senator Ties Rabe spricht anlässlich des **Neujahrsempfangs der Gymnasien** ein

Grußwort.

- 17:30** Handelskammer
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich des **347. Kammergeburtstags** eine Rede.
- 18:30** Theaterbar Zentrale des Thalia Theaters, Alsterstor 1
Senator Detlef Scheele übergibt zusammen mit dem Intendanten des Thalia Theaters, Joachim Lux, die **Lessingpässe an die diesjährigen Thalia Pfadfinder**.
- 19:00** AMTV-Zentrum, Rahlstedter Straße 159
Senator Michael Neumann nimmt am **Neujahrsempfang des Altrahlstedter Männerturnvereins von 1893 e.V.** teil.
- 19:00** Hotel Atlantic, An der Alster 72-79
Senatorin Prof. Barbara Kisseler hält eine Festrede beim „**Neujahrsempfang der Hamburger Rotary Clubs**“.
- 20:00** KaDeWe Tauentzienstraße 21, Berlin
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks nimmt am **Neujahrsempfang der deutschen Ärzteschaft** teil.
- Freitag, den 20.01.2012**
- 11:00** Finkenau 35, Medien-campus
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort bei der **Einweihungsfeier des neuen „Dietze-Hörsaales“**.
- 12:00** Rathaus
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich des **Neujahrsempfangs für das Konsularkorps** ein Grußwort.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.
- 12:30** Bildungs- und Gemeinschaftszentrum, Am Johannisland 2-4, Neugraben-Fischbek
Staatsrat Michael Sachs begrüßt den Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, Ulrich Siegau, nebst Delegation zur **Fachtagung Quartierszentren**.
- 12:30** Bundeskanzleramt Berlin, Willy-Brandt-Straße 1
Staatsrat Dr. Bernd Ebert nimmt an einem Arbeitessen zum Thema „**Perspektiven des EADS-Investorenmodells**“ teil.
- 14:30** Bundestraße 53
Bürgermeister Olaf Scholz und Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt besuchen den **KlimaCampus und das Deutsche Klimarechenzentrum**.
- 16:00** TK-Landesvertretung, Hamburg
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks nimmt am **Neujahrsempfang der Techniker Krankenkasse** teil.
- 17:00** O2 World Hamburg, Sylvesterallee 10
Senatorin Jutta Blankau nimmt als Referentin an der **Veranstaltung „Politik und Sport“ des Industrieverbandes Hamburg e.V.** teil.
- 19:00** Freiwillige Feuerwehr Oldenfelde, Bargtheider Straße 165
Staatsrat Volker Schiek hält anlässlich des **100jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr Oldenfelde** eine Rede.

19:30 Thalia Theater, Alstertor 1
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht im Rahmen der **Lessingtage 2012 das Gastspiel „Three Kingdoms“**.

Samstag, den 21.01.2012

11:00 Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee 39
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt am **„Neujahrsempfang der Hamburger Autorenvereinigung“** teil.

18:30 Hotel Atlantic Kempinski
Bürgermeister Olaf Scholz, Senatorin Jana Schiedek, Senatorin Prof. Barbara Kisseler, Senatorin Jutta Blankau, Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senator Detlef Scheele, Senator Dr. Peter Tschentscher, Staatsrat Jan Pörksen und Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nehmen am **63. Hamburger Presseball** teil.

19:00 Alsterdorfer Sporthalle
Senator Michael Neumann nimmt an der Veranstaltung **„Feuerwerk der Turnkunst – Best of 25 Years“ des Verbandes für Turnen und Freizeit e.V.** teil.

Sonntag, den 22.01.2012

11:00 Ernst-Barlach-Haus
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort anlässlich **der Ausstellungseröffnung mit Werken von Emil Nolde**.

11:00 Thalia Theater, Alstertor 1
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht anlässlich der **Eröffnung der Hamburger Lessingtage 2012** den Vortrag „Vergesst Deutschland“ von Navid Kermani und spricht ein Grußwort beim Senatsempfang.

Senator Dr. Peter Tschentscher nimmt teil.

12:00 Handelskammer Hamburg
Senator Detlef Scheele macht einen **Rundgang auf der diesjährigen AKTIVOLI-Freiwilligenbörse**.